

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 10 / 43. Jg.

7. März 1930

## ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

### Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-  
schluß: Montag, Ferruf: B 2, Lützow 5583.  
Verlag: Johannes Hagel, Berlin W 9. - Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Postverlagsort Schkeuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

## Steuerreform — Arbeitslosigkeit — Sozialversicherung.

### 5. Ausschusssitzung des ADGB.

Am 17. und 18. Februar hielt der Bundesaus-  
schuß seine fünfte Tagung ab.

Der zweite Vorsitzende des ADGB., Peter Grab-  
mann, berichtete zu Beginn der Sitzung über das  
Befinden Leiparts. Die Heilung des Oberschenkel-  
bruchs schreitet stetig, wenn auch langsam fort.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Finanz-  
und Steuerfragen führte der Vertreter der Wirt-  
schaftspolitischen Abteilung des Bundesvorstandes,  
Dr. Hans Arons, folgendes aus:

Im Augenblick der Unterzeichnung des Young-  
planes, im Juli vorigen Jahres, setzte eine leb-  
hafte Kampagne für ein Steuerreformprogramm  
ein. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die  
Frage der Steuerersparnisse. Im Dezember machte  
auch der Reichsverband der Deutschen Industrie  
dahingehende Vorschläge. Die Gewerkschaften  
standen dagegen auf dem Standpunkt: erst Ord-  
nung der Reichsfinanzen, dann Senkung der  
Steuern. Es zeigte sich, daß von den Ersparnis-  
sen des Youngplanes mehr und mehr für den Aus-  
gleich des Haushalts verwandt werden müßte, ja,  
daß sie nicht einmal zu diesem Zweck ausreichen.  
Die Hauptfrage ist: wie ist die Balancierung des  
Etats zu erreichen? Man könnte an Ausgabenkür-  
zungen denken, an Verwaltungsvereinfachungen  
usw. Die Ausgabeseite des Etats ist aber, das zeigt  
sich immer wieder, sehr unelastisch. Abgesehen  
davon sind manche geplanten Ausgabenkürzungen,  
wie z. B. zum Etat des Reichsarbeitsministeriums,  
unannehmbar. Es kommen ferner Anleihen in  
Frage. Was die Auslandsanleihen angeht, so ist  
das Reich durch das Abkommen mit Frankreich  
vertraglich beschränkt. Der Inlandsmarkt kommt  
kaum in Betracht. Eine Zwangsanleihe bei der  
Invaliden- und Angestelltenversicherung müßte ab-  
gelehnt werden. Was bleiben für andere Mög-  
lichkeiten? Erschließung einmaliger Einnahmequellen,  
wie die Reserven der Reichsbank, Steuerververle-  
gungen einzelner Steuerzahlungen. Aber diese und  
ähnliche Maßnahmen reichen nicht aus, das Defi-  
zit zu decken.

So bleibt nur die vierte Möglichkeit: Steuer-  
erhöhungen. — Die Gewerkschaften können sich  
bei ihrer Stellungnahme zu diesen Fragen auf die  
Vorschläge ihrer eigenen Steuerkommission stüt-  
zen, die schon Jahre zurückliegen. Eine progres-  
sive Einkommens- und Besitzsteuer ist sicher die  
ideale Steuerreform, aber ihre Erträge genügen  
nicht. Der Steuerbedarf hat sich gegenüber der  
Vorkriegszeit von 18 auf 24 Prozent des Volksein-  
kommens vermehrt. Man könnte nun einfach an  
eine Erhöhung der Tarife denken. Aber man darf  
die Steuerschraube nicht zu scharf anziehen, daß  
die Steuerhinterziehung lohnend wird. Man kann  
die Einkommens- und Besitzsteuer nicht dauernd  
verschärfen — das hindert freilich nicht ein  
einmaliges Notopfer — noch kann man unter den  
heutigen Verhältnissen die steuerfreie Grenze her-  
absetzen.

Es gibt nun schon andere Steuern, wie die Lot-  
teriesteuern usw., die man als neutral bezeichnen  
kann, weil sie von keiner Seite bekämpft werden;  
aber sie fließen nicht allzu reichlich. Hinsicht-  
lich des Ertrages viel verlockender sind die Ver-  
brauchssteuern, z. B. Alkohol- und Tabaksteuern.  
Gegen diese indirekten Steuern haben die Ge-  
werkschaften wie die Sozialdemokratie vor dem  
Kriege bekanntlich scharf Stellung genommen.  
Diese ablehnende Haltung erklärte sich aus dem  
scharfen Gegensatz, in dem Gewerkschaften und  
Sozialdemokratie zu dem Staat der Vorkriegszeit  
standen. Wir müssen uns heute entscheiden, ob  
wir einen Abbau der sozialen Leistungen zulassen  
oder eine Erhöhung der Verbrauchssteuern zuge-  
ben wollen. Im Gegensatz zu früher können wir  
diese veränderte Haltung zu den Verbrauchssteu-  
ern einnehmen, weil wir heute auf die Verwen-  
dung der Erträge einen stärkeren Einfluß haben.

Bei ihren Vorschlägen von 1925 unterschieden  
die Gewerkschaften die Besteuerung des Gesamt-  
einkommens und die sogenannte Quellenbesteue-  
rung. Die Gewerkschaften haben sich damals da-  
hin entschieden, jede Art von Quellenbesteuerung

zu unterstützen. Eine Revision unserer Stellung-  
nahme zu den indirekten Steuern wird erleichtert,  
weil auch sie in Deutschland zu Quellensteuern  
ausgebaut worden sind. Im Anschluß ging der  
Redner auf die bekannten Bedenken gegen die  
Umsatzsteuer ein. Er prüfte sodann die verschie-  
denen Steuerarten in Hinsicht auf ihre Verwal-  
tungskosten, die oft in keinem Verhältnis zu ihren  
Erträgen stehen. Endlich behandelte er das Pro-  
blem der Abwälzbarkeit der Steuern. Am wenig-  
sten abwälzbar ist die Lohn- und Gehaltssteuer.  
Aber auch andere Steuern sind nicht immer glei-  
cherweise abwälzbar. Es hängt von verschiedenen  
Umständen ab. Es kommt darauf an, festzustellen,  
wann eine Steuer abwälzbar ist und wann nicht.  
Im großen und ganzen läßt sich sagen, daß die  
Abwälzbarkeit der Steuern von der wirtschaftli-  
chen Machtstellung der Steuerzahler abhängig ist.

Zusammenfassend erklärte Dr. Arons, daß  
grundsätzlich alle Steuern unter dem Gesichts-  
punkt der Leistungsfähigkeit, der Vereinfachung  
bzw. Automatisierung, der Quellenerfassung und  
endlich in allen Fällen unter dem Gesichtspunkt  
der Abwälzbarkeit zu prüfen seien. Auch die Ge-  
werkschaften würden in Anbetracht der wirtschaftli-  
chen Lage für eine Senkung der Steuer eintreten,  
wenn der Stand der Reichsfinanzen eine solche  
Steuerpolitik auch nur im geringsten erlaubte. Die  
augenblickliche Lage erfordert aber ein beson-  
deres Notopfer, auch von den Arbeitern. Um so  
weniger kommt ein Steuergeschenk für andere  
Schichten in Betracht. Die Industrie muß ihre  
Sonderbelastung weiter tragen. Die Landwirtschaft  
kann die seit langem geforderte Übernahme der  
Rentenbankbelastung durch das Reich nicht  
erhalten.

Die notwendige Steuererhöhung — das gleiche  
gilt von einer späteren Steuersenkung — darf  
das jetzt bestehende Verhältnis von Massen- und  
Besitzsteuern nicht verschlechtern. Die Steuerre-  
form darf nicht ausgenutzt werden zu einer La-  
stenverschiebung zugunsten des Besitzes.

Die grundsätzlichen Erörterungen von Dr. Arons  
wurden durch den Vorsitzenden Grabmann wirk-  
sam ergänzt durch einen Bericht über die inter-  
fraktionellen Verhandlungen, die in den letzten  
Monaten über den Youngplan und das Finanzpro-  
gramm stattgefunden haben. Es sind bekanntlich  
eine Reihe von Vorschlägen zur Erörterung gestellt  
worden. Der Redner erinnerte an den Gedanken,  
die Angestellten aus der Arbeitslosenversicherung  
herauszunehmen. Er erörterte die Beweggründe,  
aus denen die Unternehmer und die ihnen nahe-  
stehenden Parteien gerade für diese Maßnahme  
sich einsetzen, und besprach die Wirkungen, die  
die Bildung von Sonderklassen haben würde. Be-  
kanntlich denkt man auch daran, die in der Land-  
wirtschaft Tätigen aus der Versicherung auszu-  
schalten. Selbstverständlich verzichtet man auch  
noch nicht auf den Plan, eine weitgehende Son-  
derregelung für die saisonalen Berufe durchzufüh-  
ren und denkt dabei an eine Kombination von  
Versicherung und Zwangsparkasse. Diese her-  
ausgegriffenen Vorschläge zeigen, wohin die Reise  
gehen soll. Man will in einem halben Jahr, in  
drei Viertel Jahren, eine „Reform“ der Arbeits-  
losenversicherung, die einer Zersplitterung gleich-  
käme.

Grabmann ging dann auch auf die schwerwie-  
genden Bedenken ein, die der Sanierung der Ar-  
beitslosenversicherung auf dem Wege einer irgend-  
wie gearteten Gefahrengemeinschaft mit den an-  
deren Versicherungsträgern entgegenstehen. Die  
Vertreter der Sozialdemokratie haben sich bisher  
gegen alle diese Pläne gewehrt. Als letztes Dis-  
kussionsobjekt erscheint der Plan, daß die Ange-  
stelltenversicherung 150 Millionen Reichsbahn-  
aktien kaufen solle, während weitere 100 Mil-  
lionen Reichsmark vom Reich aufzubringen seien,  
um den Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung  
zu decken. Auch dieser Plan begegnet schweren  
Bedenken, denn er schließt wie seine Vorgänger  
die Haftpflicht des Reiches in Notfällen aus.

Im Anschluß an diese Ausführungen nahm der  
Vertreter der Sozialpolitischen Abteilung des Bun-  
desvorstandes, Franz Spließ, das Wort. Er schild-  
erte zunächst die leitenden Grundgedanken der  
Arbeitslosenunterstützung in der Nachkriegszeit.  
Er schätzte die zu erwartende Schuldenlast bis  
Ende März auf etwa 560 bis 570 Millionen RM.  
Die Deckung der Mehrausgaben für April und Mai  
ist aus der ab 1. Januar eingetretenen Erhöhung  
der Beiträge um  $\frac{1}{2}$  v. H. zu erwarten. Wenn der  
bis 30. Juni befristete Beitrag wieder auf 3 v. H.  
reduziert wird, wird der Etat 1930/31 vermutlich  
etwa 355 Millionen RM. Unterbilanz aufweisen.  
Bleibt der Beitrag von  $\frac{3}{2}$  v. H. durch das ganze  
Jahr, so bleibt ein zu deckender Bedarf von  
250 Millionen. Ist diese Zahl richtig? Sie beruht  
auf einer geschätzten Zahl von im Jahresdurch-  
schnitt 1,2 Millionen zu Unterstützten. Die Zahl  
ist vielleicht zu hoch gegriffen, immerhin ist sie  
der zuverlässigste Ausgangspunkt. Man versucht  
nun, diesen unsicheren Posten ganz aus dem  
Reichsetat auszuschalten. Man hat den Eindruck  
zu erwecken verstanden: nur die 250 Millionen,  
die der Reichsanstalt fehlen, verursachen das  
Defizit des Reiches. Der Angriff auf die Arbeits-  
losenversicherung gilt ja nicht nur ihr, er gilt der  
Sozialversicherung überhaupt. Die Arbeitslosen-  
versicherung ist nur als der jüngste Zweig der  
Sozialversicherung und nicht zuletzt aus dem  
Grunde, daß gerade sie einer willkürlichen Lohn-  
politik der Unternehmer Grenzen zieht, das „volks-  
tümlichste“ Angriffsobjekt. Man will ihre „Re-  
form“. Man unterschätzt, was bereits durch die  
jüngste gesetzliche Reform zuwege gebracht wor-  
den ist. Der Kreis der Versicherten ist erheblich  
eingengt worden. Vorgehen ist schon im Ge-  
setz, die veränderte Unterstützungsgewährung an  
die unständig Beschäftigten und an die Heimar-  
beiter. Die neue Regelung des Begriffs „Arbeits-  
losigkeit“ bedeutet gleichfalls eine erhebliche Ein-  
schränkung des Unterstützungskreises, ebenso die  
teilweise Verdoppelung der Anwartschaftszeit. Das  
gleiche gilt vom Ausschluß zahlreicher Kleinbe-  
sitzer aus der Unterstützung. Auch die Regelung für  
die Saisonarbeiter und für Rentenbezieher be-  
deuten weitgehende Ersparnisse. Tatsächlich er-  
scheint die bisherige Reform vielfach als eine un-  
erträgliche Härte.

Die Ursachen der Finanzkalamität der Reichs-  
anstalt sind nicht Mißstände in der Versicherung,  
sondern die Krise des Arbeitsmarktes. Das muß  
mit größtem Nachdruck festgestellt werden. Was  
man will, ist nicht die Reform der Arbeitslosen-  
versicherung, sondern ihre Aufspaltung und die  
Senkung der Versicherungsleistungen. Dahin zielen  
auch Vorschläge, wie die Aufteilung der Versiche-  
rung nach Berufsgruppen, besonders die Trennung  
von Arbeitern und Angestellten. An diesem Vor-  
schlag sind die Unternehmer interessiert, aber  
auch die bürgerlichen Angestelltenorganisationen.

Der Gedanke der Gefahrengemeinschaft aller  
Versicherungsträger erscheint sehr plausibel, aber  
er ist geradezu unheilvoll. Abgesehen davon, daß  
die übrigen Sozialversicherungsträger in Bedräng-  
nis gebracht würden, daß dem Wohnungsbau die  
Mittel weiter verknappet würden, soll eine solche  
Übertragung der Darlehenspflicht vom Reich auf  
die übrigen Versicherungen bewirken, daß der  
Gläubiger ein anderer wird. Die Arbeitslosenver-  
sicherung soll entpolitisiert werden, mit dem Ziel,  
die Leistungen herabzudrücken. Verstärkte Auto-  
nomie der Reichsanstalt, ohne daß gleichzeitig die  
Arbeitnehmer in den Organen der Reichsanstalt  
das Übergewicht erhalten, ist ein Danaergeschenk,  
ist eine gegen die Arbeitslosenversicherung gerich-  
tete Maßnahme. Es würde zu keinem Beschluß  
mehr kommen. Die verstärkte Selbstverwaltung  
würde sich gegen die Versicherten richten. Alle  
in den Besprechungen der letzten Monate entwik-  
kelten Pläne haben im Grunde die gleiche Ten-  
denz, nämlich, einen unpolitischen Gläubiger an  
Stelle des politischen Trägers, des Reiches, zu  
setzen. Indessen, darüber muß man sich klar sein,  
mit unserer Zustimmung gibt es keine Entpoliti-

sierung der Arbeitslosenversicherung. Sie müßte gegen unseren Willen durchgesetzt werden.

Wir haben eine Erhöhung der Beiträge von 5/2 auf 4 v. H. vorgeschlagen. Hätten wir diese Erhöhung schon unmittelbar nach Inkrafttreten des Gesetzes, schon 1927 durchgeführt, so würde die Reichsanstalt in keine nennenswerten Schwierigkeiten geraten sein. Will man aber diese Erhöhung nicht bewilligen, so muß es dabei sein Bewenden haben, daß das Reich der Schuldner bleibt.

Wie kann nun das Reich die erforderlichen Mittel bekommen? Die Heranziehung der Beamten zu Beiträgen würde das Heer der unzuständigen und böswilligen Kritiker der Arbeitslosenversicherung nur um eine neue Gruppe vermehren. Der Staat, d. h. das Reich, hat in kritischen Zeiten für die Arbeitslosen zu sorgen und kann aus dieser Haftung nicht entlassen werden. Jede Verbindung der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung und der übrigen Zweige der Sozialversicherung muß abgelehnt werden, ebenso die besondere Heranziehung der Beamten. Es gibt nur eine Lösung. Die Notzeit des Reiches fordert ein allgemeines Notopfer der Mehrverdiener, sie fordert es im Interesse der Arbeitslosen, sie fordert es in gleichem Maße für die Gesundung der Finanzen des Reiches. Dann, und nur dann, können die Gewerkschaften auch zu den Verbrauchssteuern eine andere Stellung einnehmen. Daß muß der Reichsregierung, das muß dem Reichstag von dieser Stelle aus ganz entschieden gesagt werden.

Welcher vom Bundesvorstand sprach dann als letzter Redner in der Vormittagssitzung über die schwere Belastung der Invalidenversicherung. Das Reich, sagte er, erklärte im vergangenen Jahre während der Youngplanverhandlung einen Ausbau der Rentenbestände für ausgeschlossen. Später verlangte das Reich von der Invalidenversicherung erhebliche Mittel in Form einer Zwangsanleihe. Statt eines Ausbaues der Invalidenversicherung wurden also Ansprüche an sie gestellt, die sie schwer belasteten.

Die Zahl der Renten steigt fortgesetzt, noch stärker aber steigt die Belastung aus diesen Renten. 1924 hatten wir etwas über zwei Millionen Renten, 1928 waren sie auf über 2,9 Millionen angewachsen. 1924 betrug die Belastung aus den Renten 350 Millionen, 1928 war sie auf 982 Millionen, also fast auf eine Milliarde angewachsen.

In der Diskussion wurden die Schwierigkeiten gekennzeichnet, die manche Windungen und Wendungen im politisch-parlamentarischen Leben der jüngsten Zeit den Gewerkschaften bereitet haben. Für Steuererhöhungen, die die Massen belasten, können die Gewerkschaften nur unter der Bedingung eintreten, daß feste Sicherungen auf sozialpolitischem Gebiete damit Hand in Hand gehen. Die Not der Massen ist so groß, daß jede weitere Belastung ohne eine solche Garantie auf schärfsten Widerspruch stoßen würde.

Die einstimmige Annahme folgender Entschließung schloß die Beratung ab:

„Der Bundesausschuß des ADGB. sieht in der Neuregelung der Reparationsfrage durch das Haager Abkommen einen weiteren entscheidenden Schritt auf dem Wege der Befreiung der besetzten deutschen Gebiete, der Entspannung der internationalen politischen Atmosphäre, der dringend erforderlichen Besserung der wirtschaftlichen Beziehung zwischen den Völkern.

Die Erleichterung der Reparationslast, die der „Neue Plan“ für Deutschland bringt, bedeutet eine gegenüber dem Davesplan nicht unwesentliche Entlastung des deutschen Volkes. Diese Entlastung kann jedoch vorerst nicht, wie es wünschenswert gewesen wäre, in einer allgemeinen Steuerermäßigung zum Ausdruck gelangen. Sie muß zunächst Verwendung finden zur Gesundung und Neuordnung der Reichsfinanzen.

Die gegenwärtige Notlage der Reichsfinanzen erfordert darüber hinaus noch die Erschließung neuer, außergewöhnlicher Einnahmequellen. Ohne Gesundung der Reichsfinanzen, der Herstellung des Gleichgewichts von Einnahmen und Ausgaben, kann Deutschland nicht die ihm gestellten wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben erfüllen. Gesunde Reichsfinanzen sind die Grundlage einer gesunden Wirtschaft und ebenso die Vorbedingung für eine beständige, dem technischen Fortschritt fortgesetzt angepaßte Sozialpolitik.

Der Bundesausschuß des ADGB. erhebt Protest gegen die immer wiederkehrenden Versuche sozialfeindlicher Kreise, unter Berufung auf die gegenwärtige Finanznot des Reiches den Staat von seinen sozialen Verpflichtungen zu entbinden und damit die sozialen Einrichtungen zu verkrüppeln.

Er verwahrt sich ferner gegen alle Versuche, durch Maßnahmen irgendwelcher Art, sei es auf sozialem oder steuerlichem Gebiete, eine Verschiebung der Lastenverteilung zuungunsten der minderbemittelten Bevölkerung herbeizuführen.

Zur Behebung der gegenwärtigen Finanznot des Reiches wie zur Sicherstellung der Mittel für

seine sozialen Verpflichtungen soll ein prozentual festzusetzender Anteil als Notopfer aller Steuerpflichtigen aus Besitz und Einkommen erhoben werden.

Der Abschluß der Reparationsverhandlungen hat Klarheit geschaffen über Deutschlands finanzielle Verpflichtungen gegenüber seinen Gläubigern. Damit ist die Zeit gekommen für einen planmäßigen Aufbau des deutschen Finanzsystems. Die Regelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, die Vereinachung des Verwaltungsapparates mit dem Ziele der Schaffung des Einheitsstaates, die erforderlichen Umbauten des Steuersystems sollten nunmehr unverzüglich in Angriff genommen werden. Die Lösung dieser Aufgaben muß so erfolgen, daß der Staat die Möglichkeit erhält, seine sozialen Aufgaben, entsprechend seiner steigenden Bedeutung im Leben der Nation, jederzeit zu erfüllen.“

Der Bundesausschuß wandte sich dann der Arbeitszeitfrage zu. Spließ begründete in kurzen Ausführungen die auf die Arbeitszeit bezüglichen Absätze der vom Bundesvorstand gleichfalls vorgelegten Entschließung „Zur Arbeitslosenunterstützung“. Er berichtete zunächst über die Verhandlungen im Lohnpolitischen Ausschuß und erörterte dann die Frage, ob es zweckmäßig sei, wie von verschiedener Seite angeregt worden ist, sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen eindeutig für die 40-Stunden-Woche oder den Sieben-Stunden-Tag auszusprechen. Es sei natürlich sehr leicht, für diese Parolen Begründungen zu finden, aber es komme ja nicht darauf an, eine Politik der Schlagworte zu treiben.

Die Aussprache war eine lebhaft und ergebnisreiche. Folgende Entschließung wurde angenommen:

„Die anhaltende Krise des Arbeitsmarktes, durch die zur Zeit bereits rund 3 Millionen arbeitsfähige Menschen zur Untätigkeit, ohne Hoffnung auf baldige Wiedereinschaltung in den Produktionsprozeß, verurteilt sind, gibt den Gewerkschaften erneut Veranlassung, Regierung und Parlament auf die stetig wachsende Notlage dieser Arbeitslosen und der gesamten Arbeiterschaft hinzuweisen. Alle Bemühungen der Gewerkschaften, auf eine planmäßige öffentliche Arbeitsbeschaffung hinzuwirken, sind bisher, nicht zuletzt infolge der verfehlten Finanz- und Anleihepolitik des Reiches, erfolglos geblieben. Das völlige Daniederliegen des Baumarktes, der Ausfall der Notstandsarbeiten, sind Ergebnisse dieser von den Gewerkschaften bekämpften Politik.

Auf der anderen Seite versucht das Unternehmertum durch Bekämpfung der Sozialpolitik und planmäßige Verweigerung der unvermeidlichen sozialen Ausgaben, die gesamten Lasten der Arbeitslosigkeit einseitig auf die Schultern der Arbeitnehmer abzuwälzen. Mit der Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung soll der erstrebte Abbau der Löhne wirksam unterstützt werden.

In dieser Lage erneuern die Gewerkschaften mit um so größerem Nachdruck ihr Bekenntnis zur Notwendigkeit einer umfassenden Sozialpolitik, durch welche die Opfer der Wirtschaftskrise bis zum Eintritt einer Besserung der gesamten Wirtschaftslage ausreichend erhalten werden. Die uneingeschränkte Aufrechterhaltung des Ausmaßes und der Lebensfähigkeit der gesamten deutschen Sozialversicherung ist das wichtigste Gebot der Gegenwart, für dessen Erfüllung die Arbeiterschaft sich bisher schon und auch weiterhin zur Übernahme der erforderlichen Beiträge solidarisch bereit erklärt hat. Darüber hinaus kann aber in Zeiten ungewöhnlicher Arbeitslosigkeit auf die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel um so weniger verzichtet werden, als die heutige Lage der Arbeitslosenversicherung durch die Verhinderung rechtzeitiger Beitragserhöhung von den bürgerlichen Parteien bewußt herbeigeführt ist.

Das Reich hat die Verpflichtung, den allein auf ihrer Hände Arbeit Angewiesenen in Zeiten höchster wirtschaftlicher Not beizustehen. Diese Verpflichtung abzuwälzen auf die aus Beiträgen aufgesammelten Rücklagen anderer Versicherungsträger weist der Bundesausschuß mit aller Entschiedenheit zurück. Weder eine Gefahrengemeinschaft, noch der darlehnsweise Zugriff auf die Mittel der Invaliden- und Angestelltenversicherung kann für eine Lösung der Finanzkrise des Reiches in Frage kommen. Eine solche Abwälzung der Verpflichtung des Reiches würde nur die Leistungen und Aufgaben dieser Versicherungsträger in Gefahr bringen, die Verwendung der Rücklagen zur Förderung des Wohnungsbaues unterbinden und damit die Arbeitslosigkeit wieder weiter steigern. Daher muß aufs schärfste jede derartige Lösung abgelehnt werden, die zugleich neue unerfüllbare Verpflichtungen und neue Be-

drohungen für die Arbeitslosenversicherung schaffen würde.

Die Herabsetzung der für Notstandsarbeiten im Reichsstat bereitgestellten Mittel muß entschieden abgelehnt werden. Es wird im Gegenteil verlangt, daß im Reichsstat Vorsorge getroffen wird, um die im letzten Jahre eingeschränkten Notstandsarbeiten entsprechend dem Umfang der Arbeitslosigkeit auszubauen.

Die Solidarität der Arbeiterschaft erfordert aber weiterhin auch Vermeidung jeglicher Overtzeitarbeit, die notwendig zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit beitragen muß. Alle Verbandsvorstände wie auch die Arbeiter in den Betrieben sollen daher der Überarbeit, die heute mehr denn je unberechtigt ist, den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

Der Bundesausschuß bezeichnet es darüber hinaus als das aus der gesamten Entwicklung der Wirtschaft und der Technik sich notwendig ergebende Ziel, die Arbeiterschaft gegen nachteilige Folgen der Rationalisierung und Technisierung und zugleich vor den steigenden gesundheitlichen Gefahren zu schützen. Dieses Ziel muß insbesondere durch eine der erhöhten Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates und der gesteigerten Leistung der Arbeiter entsprechende allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden.

Es ist auf die Dauer unerträglich, daß die Schlichtungsinstanzen auf die aus der Rationalisierung sich ergebende Steigerung der Arbeitsintensität in ihren Schiedssprüchen keinerlei Rücksicht nehmen, weder durch Erhöhung der Löhne noch durch Verminderung der Arbeitszeit. Wenn sich die Rationalisierung als ein Fortschritt auswirken soll, dann ist eine andere Grundeinstellung der Schlichtungsbehörden unbedingt erforderlich.

Angesichts der Tatsache, daß sich die Rationalisierung bisher vornehmlich in einer Freisetzung von Arbeitskräften ausgewirkt hat, ohne daß durch eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Senkung der Preise neue Kaufkraft geschaffen worden wäre, fordert der Bundesausschuß erneut eine schärfere Kontrolle der Kartelle und Monopolbetriebe und Überwachung der Preisgestaltung.“

Nunmehr erstattete Graßmann den Bericht des Bundesvorstandes. Er erinnerte an die wiederholten Beschlüsse und Kundgebungen des Bundesvorstandes zu den öffentlichen, politischen und wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen der jüngsten Zeit. Mit Hilfe der Ortsausschüsse hat der Bundesvorstand eine neue Erhebung über die tatsächlich geleistete Arbeitszeit durchgeführt, deren Ergebnis demnächst vorliegen wird. Eine Konferenz der Reichsarbeitsrichter wird vom Bundesvorstand vorbereitet. An eine Reihe von Forschungsinstituten der Wirtschaft und Sozialwissenschaft sowie für Soziale Hygiene hat der Bundesvorstand Unterstützungen gegeben.

Es ist eine neue Legien-Büste angefertigt worden, die im Bundeshaus besichtigt werden kann. Für den Erweiterungsbau des Bundeshauses hat sich der Bundesvorstand für den Entwurf des Architekten Würzbach entschlossen. Graßmann begründete diese Entscheidung mit der Darlegung der Vorzüge dieses Entwurfs im Vergleich zu anderen Plänen.

Zum Leiter der Bundesschule in Bernau hat der Bundesvorstand nach sorgfältiger Vorbereitung dieser Aufgabe den bisherigen Leiter der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf, Genossen Dr. Seelbach, gewählt. Im August wird in der Bundesschule das erste internationale Treffen jüngerer Gewerkschafter, veranstaltet vom IGB., stattfinden.

Die Bemühungen der vom IGB. eingesetzten Vierländerkommission, deren Aufgabe es ist, die Gewerkschaftsbewegung in den Grenzgebieten um Luxemburg zu fördern, stößt auf starke Widerstände, die von klerikalen Kräften und von den Arbeitgebern ausgehen. Es ist beschlossen worden, dort zunächst zwei Sekretäre anzustellen.

In den Sachverständigenausschüssen, die bei den Verhandlungen über die Rückgliederung des Saargebietes mitwirken, sind Gewerkschaftsvertreter aufgenommen worden. Die Beratungen der Ausschüsse haben begonnen, scheinen aber nun eine Verzögerung zu erfahren. Die Gewerkschaftsvertreter setzen sich dafür ein, daß die Gruben im Saargebiet wieder im Staatsbesitz überführt werden. — An den Vorstandsbericht schloß sich eine kurze Aussprache.

Die Entscheidung über die Frage der Delegation zu dem internationalen Gewerkschaftskongreß in Stockholm, die der dritte Vorsitzende des ADGB., Hermann Müller, im Laufe der Sitzung kurz behandelt hatte, wurde auf die nächste Ausschusssitzung vertagt.

Damit fanden die Verhandlungen ihren Abschluß.



# VERBAND UND BERUF

## Bekanntmachung!

Auf Antrag der Mitgliedschaft Berlin wurde der Steindrucker *Hugo Freiss*, Buchnummer 551; auf Antrag der Mitgliedschaft Wuppertal-Barmen der Steindrucker *Hermann Schmohl*, Buchnummer 63187, aus dem Verbands ausgeschlossen. Der Beschluß des Verbandsvorstandes vom 24. Februar 1930 ist gemäß § 6, Ziffer 2 der Verbandsatzungen erfolgt.

Der Verbandsvorstand.

## Gewerkschaftsarbeit als sittliche Verpflichtung.

Kaum ein anderer Begriff ist so dem Wandel der Zeiten und der Anschauungen unterworfen wie der der sittlichen Pflicht. Vieles, was einst gegen alle Regeln, die das menschliche Zusammenleben dem einzelnen auferlegt, verstieß, ist heute zur allgemein anerkannten Notwendigkeit geworden und ebenso wird umgekehrt heute manches als unsittlich empfunden, was in vergangenen Zeitepochen als selbstverständlich galt. Und doch ist aus der Vielzahl dieser Erscheinungen und ihrem dauernden Wandel etwas erkennbar, das für alle Zeiten und Umstände Allgemeingültigkeit besitzt, etwas, das immer und für alle Menschen als sittliche Verpflichtung galt, nämlich die Hingabe des einzelnen an eine kämpfende Gemeinschaft.

Gelten diese Voraussetzungen auch für den gewerkschaftlichen Kampf? Die Gewerkschaft stellt eine Gruppe kämpfender Menschen dar, die durch engste Interessensolidarität miteinander verbunden sind. Es einen sie sowohl Berufs- als auch Klasseninteressen. Und nun das Kampffeld. Es besteht darin, dem Berufsstand im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben jenen Platz zu erkämpfen, der ihm seiner Bedeutung gemäß in der Wirtschaft und damit im gesamten Volksleben zukommt. Wer auf die Durchsetzung dieses Zieles durch Fernbleiben von seiner gewerkschaftlichen Organisation glaubt verzichten zu können, begeht beruflichen Selbstmord. Dieses aber liegt jedem normalen Wesen fern. Es kann also nur Gedankenlosigkeit oder Scheu vor materiellen Opfern sein, die den einzelnen dazu verleitet, sich nicht in das Heer seiner kämpfenden Berufskollegen einzureihen.

Es mag Zeiten gegeben haben, wo der einzelne glauben konnte, durch persönlichen Aufstieg zu jener Geltung in der Wirtschaft und der Gesellschaft zu gelangen und dadurch seine Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft nur zeitbedingten Charakter bekam. Diese Geisteshaltung, die in dem einen oder anderen Berufsstand auch heute noch vereinzelt Menschen eigen ist, ist nur aus einer ganz groben Verkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse zu erklären. Es ist doch geradezu unmöglich, sich heute in Deutschland beschäftigten 700 000 Bergarbeiter alle als Bergwerksbesitzer oder Generaldirektoren vorzustellen und jedem der 2,7 Millionen Metallarbeiter eine Fabrik als Eigentum zu überweisen. Auch gibt es weder soviel Zeitungen noch Buchverlage, um jedem heute im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter nur einen zuzueignen. Das soll nichts gegen einen beruflichen Aufstieg sagen, gegen den sich vernünftigerweise niemand wendet, aber der bedeutet heute, wo der Großbetrieb herrscht, doch nur den Wandel in der gewerkschaftlichen Kampfgemeinschaft. Ein Aufstieg zum Eigenbesitz an Produktionsmitteln gehört heute für fast alle, die im Arbeitsprozess stehen, ins Reich der Phantasie. Es ist auch nicht so, daß dieser Aufstieg irgendwie von beruflichen oder sonstigen Qualitäten abhängig ist, denn der große Eigenbesitz ist durch Vererbung in die Hände jener Schicht gelegt, die ihn heute schon inne hat. Das weiß auch das Unternehmertum, das durch einen seiner Vertreter auf der Düsseldorfer Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie den Aufstieg des einzelnen aus den untersten Schichten zur Leitung und zum Mitbesitz an der Wirtschaft als Wirtschaftsdemokratie feiern ließ. Von dieser Seite eine Wirtschaftsdemokratie anzupreisen zu bekommen, ist an sich schon verächtlich, und wenn man die praktische Folgerung dieser Lehre ziehen wollte, etwa so, daß einer der unfähigen Industriellenöhne jetzt arbeiten müßte und sein Platz von einem dazu geeigneten Mann aus dem Betriebe ausgefüllt werden sollte, dann würden sämtliche Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die in Düsseldorf ihrem Redner zugejubelt haben, einen Schreck bekommen. Das Unternehmertum muß sich zwangsläufig gegen jede Demokratisierung der Wirtschaft wenden und tut es auch. Dem Arbeiter gibt es damit die beste Lehre dafür, daß sein eigener Aufstieg mit dem Aufstieg seines Berufsverbandes und seiner Klasse identisch ist.

Nun ist es so, daß der Weg zur Geltung über eine Sicherung der Existenz des arbeitenden Men-

schen führt. Er soll vom Willen des wirtschaftlich Starken unabhängig gemacht und an den Gütern der Nation beteiligt werden. Hierzu sind der Arbeitslohn, die begrenzte Arbeitszeit, der bezahlte Urlaub, die Sicherung bei Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit Behelfsmittel. Wir können, wenn wir von den konjunkturbelebenden Wirkungen hoher Löhne hier einmal absehen, auch sagen, wir kämpfen um höhere Löhne, um durch sie persönliche Freiheit und Arbeitsfreude zu gewinnen. In unserer hochentwickelten Geldwirtschaft hängt beides, also persönliche Unabhängigkeit und Arbeitsfreude, in hohem Maße vom Lohne, den wir für unsere Arbeit erhalten, ab. Beim Kampf um mehr Freizeit, ganz gleich, ob es sich dabei um verkürzte Arbeitszeit oder mehr Ferientage handelt, tritt das Kampffeld der Freiheit schon deutlicher in Erscheinung. Ebenso ist es ja letzten Endes der Zweck der von den Gewerkschaften erkämpften sozialen Versicherungsinstitute, Krankenkassen, Invalidenfürsorge, Arbeitslosenversicherung usw. den Arbeiter dann, wenn er diese in Anspruch nehmen muß, von privater und öffentlicher Mildtätigkeit unabhängig zu machen.

Es gibt nur eine Möglichkeit, diesen Kampf um menschliche Rechte zu führen, das ist die durch die Zahl erstarkte und von einem einheitlichen, zielbewußten Streben erfüllte gewerkschaftliche Organisation. Das wissen, scheint es, die Unternehmer besser als jene Arbeiter, die nicht denken wollen oder den Verbandsbeitrag scheuen. Das Ziel, die Gewerkschaften zu zerschlagen, versucht das Arbeitgeberum auf Umwegen zu erreichen, nämlich durch Gründung von Gegenorganisationen. Nicht die Unternehmerverbände sind damit gemeint, sondern die Arbeiterverbände, die von Arbeitgebern gegründet und ausgehalten werden, die gelben Gewerkschaften. Es ist das die unehrlichste Waffe, die „Auchgewerkschaft“, die den Arbeiter irre machen soll an der freien Gewerkschaft.

Wer aber aus den Kreisen der Arbeiterschaft dem Gewerkschaftsleben fernsteht oder ihm fernzustehen wünscht, der sollte seine Handlungsweise durch folgende Konsequenzen stützen: Die Annahme des von der Gewerkschaft erkämpften höheren Lohnes verweigern und auf seine Urlaubstage (natürlich ohne doppelte Entlohnung) verzichten. Gewiß klingt das naiv, aber nur, wer sich wirklich zu dieser Folgerichtigkeit seines Handelns bekennt, der hat ein Recht, den Eintritt in seinen Berufsverband zu verweigern. Aber leider gibt es immer noch welche, die das nicht tun und trotzdem den Weg zu ihrer gewerkschaftlichen Organisation noch nicht gefunden haben. Ein Glück, daß diese nicht der Welt ihren Stempel aufdrücken. Deren Gesicht freiheitlich zu gestalten, ist den Kämpfern überlassen, denen Gewerkschaftsarbeit eine sittliche Verpflichtung ist.

## Der deutsche Außenhandel mit Tapeten.

Im deutschen Außenhandel stellt die Tapetenausfuhr einen beachtlichen Aktivposten dar. In den letzten Jahren hat sich unsere Tapetenausfuhr besonders gehoben. Während im Jahre 1928 der Wert der Tapetenausfuhr sich auf 10,9 Mill. Mk. bezifferte, stellte sich der Wert im Jahre 1929 auf 16,7 Mill. Mk. Mithin ist die wertmäßige Ausfuhr im Jahre 1929 um 5,8 Mill. Mk. gestiegen. Gering dagegen ist der Einfuhrwert, der sich 1929 auf 303 000 und 1928 auf 626 000 Mk. belief. Es ergibt sich daraus, daß die Bilanz des deutschen Tapetenaußenhandels mit den angeführten Ausfuhrwerten, abzüglich der geringen Einfuhr, aktiv war. Ein anschauliches Bild gibt die folgende Tabelle, in der Ein- und Ausfuhr und der Ausfuhrüberschuß in Doppelzentnern angegeben sind.

	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhrüberschuß
1929	3500	246 651	243 151
1928	4605	193 186	188 581
1927	4297	154 250	149 953

Seit dem Jahre 1927 ist danach der Ausfuhrüberschuß um rund 93 000 Doppelzentner gestiegen, was angesichts der bestehenden Schwierigkeiten, Zollsätze und Konkurrenz als durchaus beachtlich angesprochen werden kann. Hieran ist noch besonders bemerkenswert die Steigerung unserer Ausfuhr nach den außereuropäischen Ländern. Die Hauptbezugsländer sind aus folgender Aufstellung ersichtlich (in Doppelzentner):

	1929	1928
Belgien	88 161	77 683
Niederlande	57 031	50 693
Großbritannien	34 290	24 459
Vereinigten Staaten	7 328	1 707
China	7 034	3 235
Dänemark	6 041	3 099
Frankreich	5 320	3 456
Argentinien	4 144	—
Schweiz	3 541	2 695
Schweden	3 241	2 481

Ferner bezogen noch Polen 2000, Britisch-Indien 2300, Japan 2100, Österreich 2200, die Tsche-

choslowakei 1900 und Italien 1700 Doppelzentner von Deutschland. Zurückgegangen ist unsere Ausfuhr nur nach Polen, und zwar im Jahre 1929 um 1300 Doppelzentner, gegenüber dem Jahre 1928. Die deutsche Tapetenfuhr kommt hauptsächlich aus Schweden und Frankreich. Im Jahre 1929 bezogen wir aus Schweden 1900 Doppelzentner und aus Frankreich 330 Doppelzentner.

## Gruppenversammlung der Chemigraphen und Tiefdrucker.

Die Chemigraphen und Tiefdrucker von Frankfurt a. M. und Offenbach a. M. befaßten sich in einer sehr gut besuchten Gruppenversammlung am 30. Januar mit der Wahl eines Sektionsleiters und der momentanen Berufsfrage. Als Sektionsleiter wurde der Kollege Seer einstimmig gewählt. Über die momentane Berufsfrage berichtete der Kollege Grub. In einer scharfen aber sachlichen Kritik wurde die heutige Schmutzkonkurrenz und Preisunterbietung sowie das sich immer mehr ausbreitende Antreibersystem unter die Lupe genommen. Leider mußte die Versammlung feststellen, daß unsere Kollegen diesen Unternehmern auf halbem Wege entgegenkommen, indem sie sich zur Ausführung von Überstunden selbst anbieten und nicht an ihre arbeitslosen Kollegen denken. Diesen arbeitslosen Kollegen kann nur geholfen werden, indem bei der nächsten Tarifierung für eine Verkürzung der Arbeitszeit und für eine Abschaffung der Überstunden eingetreten wird. Auch die gezahlten Löhne können nicht als gut bezeichnet werden. Gleichwertige Städte und Gauen zeigen uns, daß die Frankfurter Löhne im Durchschnitt um 10 Mk. zurückgeblieben sind. Auf der einen Seite fortwährende Produktionssteigerung auf Kosten der Qualität, auf der anderen Seite niedrige Löhne. Auch hier müssen wir bei gegebener Zeit den Unternehmern zeigen, daß für eine gute Arbeit auch ein angemessener Lohn gezahlt werden muß. Mit dem Wunsche, daß auch in Zukunft diese Einigkeit und Geschlossenheit erhalten werden möchte, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

## Arbeitslosenversammlung im Wuppertal.

Am 20. Februar, nachmittags 1/2 6 Uhr, stieg im Roten Saal des Gewerkschaftshauses in Wuppertal-Barmen, eine vom hiesigen Mitgliedschaftsvorstand einberufene Versammlung unserer erwerbslosen Kollegen. Trotzdem nicht alle 65 von der Not der Zeit erfaßten Kollegen teilnahmen, zeigte doch der Verlauf die richtige Erkenntnis ihrer Notwendigkeit.

Seitdem der tarifliche Arbeitsnachweis aufgehoben und der staatliche Arbeitsnachweis seine Stellenvermittlungsfunktionen auch für uns ausübt, haben sich folgenschwere Auswirkungen herausgebildet. All diese Erscheinungen, unter deren Last die aus dem Produktionsprozess verdrängten Kollegen leiden, wurden in einer sehr lebhaften Aussprache dargelegt. Unsachliche und teils planlose Behandlung bei der Vermittlung, scheinen demnach durch die Sachbearbeiter, der in den verschiedenen Ortsteilen der neuen Wuppertalstadt liegenden Arbeitsämter des öfteren vorzukommen. Es soll versucht werden, diese Umstände nach Möglichkeit durch den in Kürze zusammenzutretenden Fachausschuß mit Hilfe unserer dortigen Beauftragten beheben zu lassen.

Ein weiterer wichtiger Teil der Erörterung war einer eventuellen Extrarunterstützung unseres Verbandes gewidmet, die durch einen laufenden Extrabeitrag verlebendigt werden könnte. Es wurde dabei auf unseren Bruder Buchdrucker hingewiesen — aber auch von der anderen Seite auf die Stellungnahme des Verbandsbeirates. Doch die Not ist groß und die Not ein schlechter Helfer zum Bekehren und Belehren. Darum nutzten auch alle vorgetragenen ersten Zahlenreihen über Einnahmen und Ausgaben unserer Verbandskasse nichts, konnte kein noch so beredetes Wort die eingenommene Stellungnahme unserer verantwortlichen Körperschaft dem Verständnis näher bringen. Wer will noch dem Verbandsvorstand oder dem Verbandsbeirat zurufen: „Landgraf bleibe hart!“? Es möge vielmehr nochmals die Frage ernstlich geprüft werden; denn aller Voraussicht nach werden die wirtschaftlichen Verhältnisse in absehbarer Zeit nicht besser, sondern wahrscheinlich noch böser. Darum: Landgraf werde weich! Das war der Wunsch der Versammelten.

Alles in allem hat die zwei Stunden währende Zusammenkunft zur Belebung der verstimmten und niedergedrückten Gemüter etwas beigetragen, das Zusammengehörigkeitsgefühl zur Gesamtkollegen-schaft aufs neue gestärkt — daneben aber auch die Rechte und Pflichten hoffentlich nachhaltig einprägen lassen, da ja nur Treue um Treue die Kraft unserer Organisation erhalten kann.

# JUGENDHILFE

## Jugend und Alter.

Der Gegensatz von Jung und Alt tritt einem überall entgegen. Sehr oft erlebt man, daß die Jungen mit den Alten zusammengeraten bei der Beurteilung von Fragen, die beide betreffen. Eine gesunde Jugend, die nicht mehr dem Drill unserer teilweise veralteten Schule folgt und nicht mehr kasernenmäßig behandelt sein will, erhebt Anspruch auf Vertrauen und gleiches Recht.

Der Austritt aus der Schule wird mit dem Seufzer begrüßt: Endlich ist die Stunde da! Die so lang und heiß erwartete Freiheit findet jedoch gleich eine harte Schranke in dem Lehrvertrag. Eine starke Enttäuschung. Immerhin darf man noch seine eigene Meinung haben! Ja, man darf mitreden bei Fragen, die früher der Vater allein entschied und wo sogar zum Teil die Mutter schweigen mußte. Man darf doch nun Anteil nehmen an öffentlichen Vorgängen, darf Maifeiern, Gewerkschaftsfesten und Versammlungen beiwohnen, in denen über Lohnfragen und Ferien gesprochen wird. Also an allem teilnehmen, was vor sich geht. Allein, wie können die Jungen sich täuschen! — Anstatt den Jungen die Freiheit zu gewähren, ihre Ansichten anzuhören, werden sie angezant: Du bist noch zu jung für solche Fragen! Oder: Das ist Sache des Vaters, du verstehst ja doch nichts davon! Oder: Das sind dumme Jungen, die dort beim Umzug sind (obwohl die Schulkameraden dabei sind).

Unter solchen Umständen ist es schwer, sehr schwer, für die Gewerkschaftskollegen, die mit der Ausbildung der Lehrlinge und jungen Verbandsmitglieder beschäftigt sind, in die Seele der Jungen einzudringen und zu finden, was dort vor sich geht. Kommt man so behandelten jungen Menschen mit dem Beitritt zur Lehrlingsabteilung des Verbandes, hört man befremdliche Antworten. Auf dauerndes Drängen holt der Junge bei den Eltern Rat, und hier findet er Widerstand gegen den Beitritt zum Verband. Denn nicht alle Eltern können sich ein Bild machen von der Notwendigkeit des Anschlusses ihres Jungen zur Gewerkschaft. Unter den Eltern befinden sich häufig sogar langjährig organisierte Väter, die den Widerstand ihres Jungen verstärken mit den Worten: Für die Organisation hast du noch Zeit, erst lerne mal etwas ordentliches und verdiene dein Kostgeld, ehe du Geld aus gibst!

So sieht sich der junge Mensch gleich zwei Mächten gegenüber, mit denen er ringen muß. Ist aber der Beitritt zum Verband trotz aller Widerstände vollzogen, ist es noch lange nicht ausgemacht, daß der neue Gewerkschafter nun auch an den Bildungsabenden der Jugend- oder Lehrlingsabteilung teilnimmt. Denn die Eltern sind manchmal so eingestellt, daß sie erklären: „Wir sind früher in der Lehre nur zwei Stunden in der Woche in die Schule gegangen und sind auch tüchtige Menschen geworden; es genügt schon, wenn ihr jetzt zweimal jede Woche in die Schule geht. Abends noch umherzuziehen ist überflüssig und erlauben wir nicht.“

Der gute Wille des neuen Gewerkschafters ist da vollständig umsonst. Selbst alte Gewerkschafter halten ihre Kinder mit ähnlichen Redensarten von den gewerkschaftlichen Vortragsabenden ab. Auch Besserungsversuche der Funktionäre innerhalb des Betriebes scheitern, denn die mit der Ausbildung beauftragten Meister und Gewerkschafter sehen sich nicht veranlaßt, mit dem nötigen Nachdruck auf die Notwendigkeit des Besuches der Kurse und Vortragsabende der Gewerkschaft hinzuweisen. Ferner sei auf die Durchführung der Jugendschutzbestimmungen, der Tarife, des Urteils über Jugendliche, des Alkoholgenusses, des Wanderns, des Rauchens usw. hingewiesen, wovon es zwischen Jung und Alt Auseinandersetzungen gibt, die eine Annäherung der jungen Gewerkschafter an die Alten fraglich machen. Es sollte längst bei allen älteren Kollegen Übung sein, solche Fragen mit den Lehrlingen zu besprechen und sie ihnen zu erläutern. Oft bildet sich aber eine geschlossene Front der Alten gegen die Jungen in der Gewerkschaft und im Betrieb. Es führt dies oft zur Zerrüttung des ganzen Geisteslebens des jungen Menschen, denn er sieht alle seine Hoffnungen auf freie Meinungsäußerung, seine ganze Sehnsucht auf das Ende der Schulmeisterer begraben. Er zeigt nach einigen frühen Erfahrungen die größte Gleichgültigkeit für gewerkschaftliche sowie berufliche Angelegenheiten. Hier muß versucht werden, gemeinsam mit den Eltern darauf zu sinnen, wie Abhilfe geschaffen werden kann.

Prüfen wir einmal die Frage, warum sich das größte Interesse der Jugend auf den Sport richtet. Die Jugend kennt den Sport, die Körperkultur, aus der Volksschule. Sie bildet ein Stück Lebensinhalt der Jugend. Beim Sport ist der Jugend die freie Meinungsäußerung nicht verwehrt. Die Jugend selbst kann Taten vollbringen, darf kritisieren. Bei der Wahl des Turnwarts, Spiel-

leiters usw. kommt ihre Stimme zur Geltung. Sie findet dort Gleichgesinnte, selbst die Älteren sympathisieren oft mit ihr und die berechtigten Kritik der Jugend hat Erfolg. Nein, die Jugend ist auch Sieger und Besiegter. Dem Alter fehlt dann oft die Grundlage der Kritik, aber die Jugend läßt die Kritik zu, triumphiert aber auf Grund ihrer Zahl. Hier zu sehen, wie geschlossene Front wirkt, diesmal dem Alter gegenüber, kann ein älterer Gewerkschafter als Sportler selbst erleben, auch wie tief seelisch die Auswirkungen sind.

Ein Beispiel zu nehmen an diesen Vorgängen, zu versuchen auf den Unorganisierten und Neuling in der Gewerkschaftsbewegung bei Besprechung von Sportangelegenheiten auf die Mitgliedschaft der gewerkschaftlichen Organisation hinzuweisen und die Klarstellung der Vortrags- und Bildungsbestrebungen herbeizuführen, sei eine Notwendigkeit für jeden organisierten Kollegen.

Nun wollen wir unbedingt festhalten, daß jeder Gewerkschafter überall die Pflicht hat, mit seiner Voreingenommenheit gegenüber der Jugend zu brechen, sich mit ihr über alle Fragen, gestellt von der Jugend, zu unterhalten, und eine gelegentliche, sachliche Richtigstellung walten zu lassen. Dem jüngeren Gewerkschafter sei aber gesagt, mehr wie bisher den Neuling in der Gewerkschaftsbewegung zu achten und zur Seite zu stehen, durch regen Versammlungsbesuch als Beispiel zu dienen. Auch nicht versagen im Kampf der Mei-

## Die Gewerkschaftsschule des Lehrlings ist die Lehrlingsabteilung!

● Kollegen, sorgt dafür, daß alle Lehrlinge die Veranstaltungen der Lehrlingsabteilung besuchen!

nungsverschiedenheiten der älteren Gewerkschafter und Arbeitskollegen, sondern immer seinen Mann stellen und versuchen, Erfahrungen zu sammeln. Denn die Neulinge in der Gewerkschaftsbewegung richten sich nach den kaum einige Jahre älteren Gewerkschaftern und nach denen, die ihnen begegnen auf allen öffentlichen Wegen. Auch sollte jeder Gewerkschafter bemüht sein, den Jugend- und Lehrlingsleiter zu unterstützen und dies nicht dem Verbandsfunktionär im Betrieb oder gar dem Betriebsrat überlassen. Darum geht der Ruf an alle, durch gemeinsame Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung dafür zu sorgen, daß der junge Mensch sich unter Freunden fühlt und unter Arbeitsbrüdern, mit denen er in Zukunft ringen kann. Er wird sich dann auch bewegen fühlen, von den alten Gewerkschaftern zu lernen und das Gelernte praktisch zu verwerten. M. Engelmann.

## Lehrlingshilfe.

Der Unterschied in den Lehrverhältnissen zwischen jetzt und der Zeit vor vierzig, fünfzig Jahren ist groß. Aber grundsätzlich hat sich nichts geändert. Gewiß, der Befehl: „Junge, renn' mal nach der Destille von Scholz, und hol' mal ein Liter meine Mischung. Aber wenn du was anderes bringst, als Spiritus mit Nelken, hau ich dich zu Hackfleisch!“ — Dieser Befehl ist seltener geworden und kommt wohl nur noch in ganz entlegenen Druckorten vor. Vielfach aber ersetzen noch die Lehrlinge in den Betrieben die Hausdiener und Ausläufer und müssen Botengänge machen, die aber auch gar nichts mit der Berufsausbildung zu tun haben. Das ist weniger selten, und wenn falsch besorgt oder ausgerichtet wurde, setzt es noch die seit Generationen üblichen Ohrfeigen. Und bekommen die Prügelhelden von einsichtigeren Kollegen Vorhaltungen gemacht, heißt es: „Ach was, wir sind noch ganz anders verdroschen worden als Lehrlinge, wenn wir was falsch gemacht hatten oder der Alte schlechter Laine war!“ Es ist dieselbe Meinung, die in der Vorkriegszeit

beim Kommiß bestand, wenn die Rekruten von den alten Leuten verprügelt wurden, oft auf Anweisung der Offiziere oder Unteroffiziere, jedenfalls aber immer mit der stillschweigenden Duldung der Vorgesetzten. Gewiß steht in der Gewerbeordnung und mit Bezug auf deren § 127a, ersten Satz, in den gedruckten Lehrverträgen, daß den Lehrherren und den Ausbildern das Recht väterlicher Zucht zustehe. (In manchen Lehrverträgen ist statt väterlicher, körperlicher Züchtigung gesetzt.) Aber einmal ist im zweiten Satze desselben Paragraphen eine Grenze gezogen, die zwar verschwommen ist, aber doch eine Grenze sein soll nach dem Willen des Gesetzgebers, und dann sollten wir seit Jahrzehnten im Kampfe um den Aufstieg der Arbeiterschaft kämpfenden Gehilfen das, was wir in der Familie unterlassen, die eigenen Kinder zu prügeln, bei Kindern anderer Leute erst recht nicht tun. Das beleuchtet B. Traven so recht in seinem Buche „Land des Frühlings“, wo er die mexikanischen Schulen beschreibt, in denen nicht geprügelt wird. Zunächst aus der Erkenntnis heraus, daß die Kinder sowohl wie die halben Kinder, d. h. die Lehrlinge, für etwas, was sie nicht wissen oder nicht können, unmöglich bestraft werden dürfen, denn sie sollen ja erst lernen. Dann aber auch auf Grund des Erfahrungssatzes, daß man einen Schutzbefohlenen mit Schlägen nicht zu sich heranzieht, für seine Arbeitsweisen und Erkenntnisse interessiert, sondern von sich abstößt. Es geht ohne Prügel, und sogar viel besser. Diese Maxime müssen sich alle Kollegen zur Richtschnur dienen lassen bei der Behandlung der Lehrlinge. Gewiß ist vieles besser geworden, auch rein technisch, weil die Lithographen während der Lehrzeit nicht mehr stundenlang Fett- oder Decktuschen, die Steindruckern nicht mehr in dem Maße wie früher mit dem Serpentinläufer Farben reiben müssen. Aber das leidige Autoritätsverhältnis der Gehilfen gegen die werdenden Kollegen ist geblieben. Ein ganz äußerliches Autoritätsverhältnis übrigens. Denn wenn es sich um die Erzählung saftiger Witze oder die Unterhaltungen mit dem weiblichen Hilfspersonal oder darum handelt, einen Lehrling zur Zielscheibe eines Spottes zu machen, da geht die ganze Autorität — Würde zum Teufel, die, der Menschheit Würde nämlich, nach dem Schillerschen Worte, in die Hand der Erzieher gegeben ist. Und hier müssen wir klassenbewußten Arbeiter uns immer vor Augen halten, nicht bloß danach handeln den Würdenträgern gegenüber, sondern auch nichts anderes erwarten von denen, die unserer Obhut und Erziehung anvertraut sind, was Wilhelm Liebknecht in der berühmten Zukunftstaatsdebatte im Reichstage 1892 gesagt hat: „Ich anerkenne keine Autorität im Himmel und auf Erden“. Haben wir uns selber so weit erzogen, dann ist es, besonders jetzt, in den Wochen am Ostern, notwendig, auf die Eltern der jungen Lehrlinge einzuwirken, daß sie auf die Streichung des „väterlichen Züchtigungsrechtes“ in den Lehrverträgen bestehen, ohne diese Streichung nicht unterschreiben und, wenn auch die „Lehrherren“ quitschen, nötigenfalls unsere Ortsvorstände um Unterstützung angehen. Die gleichalterigen Mädels und Jungens in den Mittel- und Berufsschulen erhalten auch keine Schläge mehr. Dann sollen die Lehrherren und ihre Stellvertreter, deren pädagogische Fähigkeiten doch nicht immer so außer allem Zweifel sind, auch nicht mehr prügeln dürfen. Für unsere Unterhändler bei den Tarifrevisionen sollte es aber auch eine Aufgabe sein, im § 5 Abs. 5 unseres Tarifes eine entsprechende Bestimmung über ausdrückliche Streichung des „väterlichen Züchtigungsrechtes“ einzuarbeiten, deren Nichtabdingbarkeit durch Sonderabrede im Einzelfalle zu statuieren wäre. Das wären grundsätzliche Änderungen im Verhältnis zwischen Gehilfen und Lehrlingen, die, wenn man sich die Mühe gibt, sie eintreten zu lassen, in ihren Erfolgen gar nicht abzusehen sind. Dann käme noch die rein berufstechnische Seite. Und hier gilt, was einmal ein Pädagoge über den Zeichenunterricht in den Schulen gesagt hat: „In diesem Unterricht hilft kein System und keine Methode. Nur vormachen und immer wieder vormachen lehrt die Kinder Zeichnen“. Und so ist es nicht nur bei Lithographen und Retuscheuren, sondern bei allen Gehilfen der verschiedenen Sparten unseres Verbandes. Zeigen was man kann und immer wieder zeigen. Das wird uns den künftigen und dadurch selbstbewußten Nachwuchs erziehen helfen, der nach der Auslehre die Kämpferschar bildet, deren wir bedürfen. Der erwünschte Zustand wäre, wenn die besten Gewerkschafter zugleich die besten Berufsarbeiter wären. Leider gehen aber manche Streber im Berufe so völlig auf, daß sie jeden sozialen Denkfunkten verglimmen lassen und dadurch zu krasse Egoisten werden, die für die Jungkollegen kaum ein ermutterndes Wort übrig haben. Und an denen werden auch die bestgemeinten Weisungen (wenn sie sie überhaupt lesen) ablaufen, wie Wasser an einem fettigen Topfe.



# Fahrt ins Salzbergwerk.

Von August Gläser.

Im vergangenen Spätherbst veranstaltete die T. A. mit dem A. S. V. Stuttgart eine Herbstfahrt verbunden mit einer Besichtigung des Salzbergwerkes in Kochendorf und der Saline in Jagstfeld.

70 Gehilfen und Lehrlinge nahmen daran teil. Gleichzeitig war der Arbeiterschwimmverein Groß-Stuttgart mit 186 Genossen und Genossinnen vertreten. Unterwegs trafen wir mit einer Anzahl Kollegen aus Heilbronn zusammen, welche sich ebenfalls auf dem Wege zum Salzbergwerk befanden. So daß wir eine ganz stattliche Zahl beieinander waren.

Mit lustiger Unterhaltung und Musik ging die Fahrt nach Kochendorf rasch vonstatten. An den Fenstern huschten Städtchen und Dörfer vorüber. Die Obstbäume wiegten ihre herrlichen Früchte in der Morgensonne.

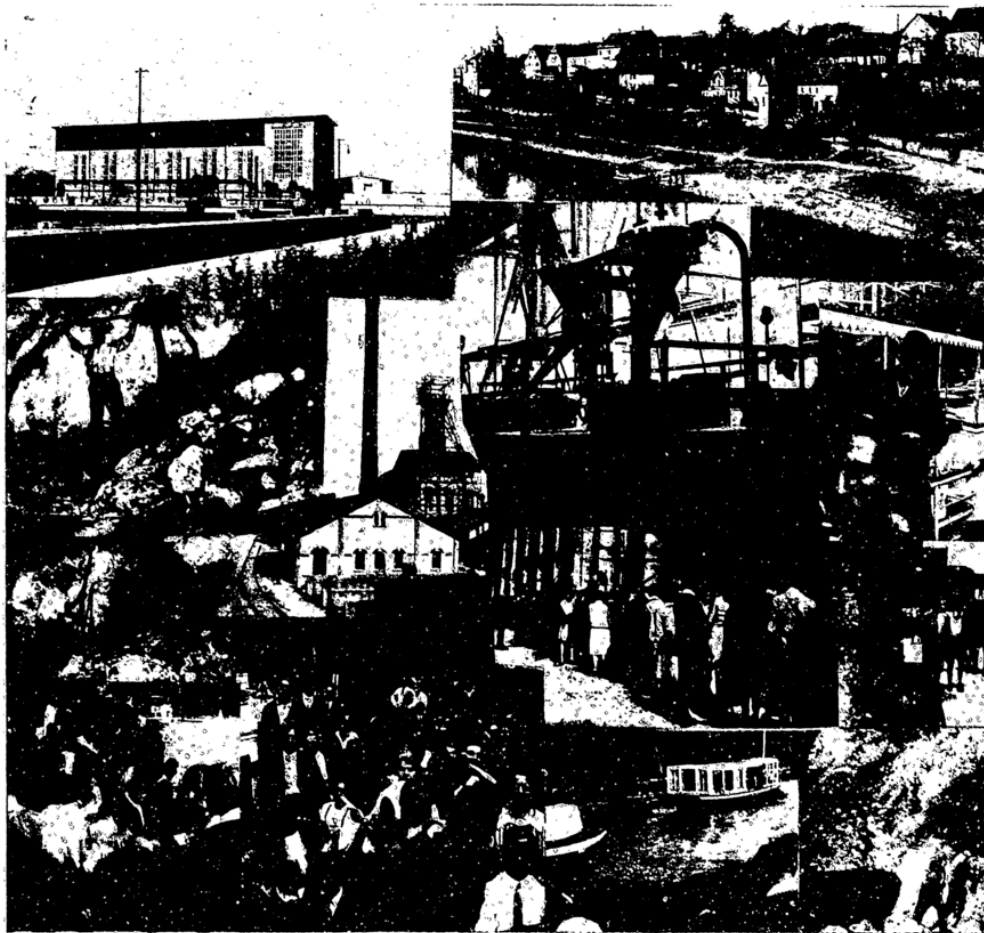
Bis die Formalitäten mit der Zechenverwaltung geregelt waren, besichtigte ein Teil das malerisch schön gelegene Kochendorf. Der übrige Teil un-

hängt und so zum Förderschacht gebracht. Wir gehen nun eine solche Strecke entlang, um an den Förderort zu kommen. Alle 40 Meter sehen wir seitwärts kurze Einschnitte in die Salzfel-sen, welche etwa 6 m breit, 4 m tief und 2 m hoch sind. Diese werden Hals genannt, weil von hier aus mit dem systematischen Abbau des Salzge-steines in der Weise begonnen wird, daß dieser Hals fortgesetzt wird, senkrecht zur Richtstrecke, bis auf 9 m verbreitert und auf 2 m Höhe ab-gebaut.

Der Abbau geschieht durch Sprengungen mit Ammonitsprengstoff und zwar werden je 3 Löcher gebohrt, diese mit Sprengstoff gefüllt und dann zur Entladung gebracht. So entstehen zirka 160 bis 170 m lange Gänge, die dann wieder senkrecht zur Richtstrecke stoßen. Diese Gänge werden First genannt. Ist nun ein Gang durchgestoßen, so wird der weitere Abbau wieder rückwärts vor-genommen in der Weise, daß nun in der Höhe bis

daher auch der Ausdruck, gute Wetter, schlechte Wetter, an Stelle gute und schlechte Luft.

Gehen wir nun weiter, so sehen wir Arbeiter bei ihrer verschiedenartigen Beschäftigung, steigen über eine Halde losgebrochenen Salzgesteins, ungefähr 15 m hoch, und kommen plötzlich an eine regelrechte Rutschbahn. Trotz der düsteren Stimmung gab das sofort eine Unterhaltung, denn der größte Teil benutzte diese. Unten angekom-men treten wir in die große Versammlungshalle der Bergleute ein. Diese macht einen richtigen märchenhaften Eindruck. In den verschiedenarti-gsten Farben ist sie beleuchtet. Der Altar darf nicht fehlen, auch die Jungfrau Maria ist in einer beleuchteten Nische aufgestellt. Ob dadurch die Löhne erhöht, die Arbeitszeit verkürzt und eventuelle Unglücke verhindert werden, glaube ich kaum. Nach kurzem Marsch kommen wir in eine mächtige Festhalle, 20 m hoch. In der halben Höhe sitzt in einer Salznische eine Kapelle, welche



Reproduktion nach einer Photomontage von A. Gläser.

Schleuse. Strändansicht von Jagstfeld. Der Förderschacht. Neue Anlagen in der Saline. Beim Bohren. Feuer beim Abschleppen. Vor dem Schachteingang. Auf der Heimfahrt.

terhielt sich bei der Vereinskapelle mit einem Tänzchen.

Gegen 11 Uhr sammelte sich alles vor der Schachtanlage und harrete in einer langen Schlangenlinie bis die Einfahrt von der Zechenverwaltung angeordnet wurde. Endlich hieß es fertig-machen und hinab gings in den Förderschacht. Je acht Personen steigen in den Förderkorb. Kaum eingestiegen, wird die Türe verschlossen. Der Führer drückt auf den Knopf und in rascher Fahrt gehts in die Tiefe. Je tiefer wir kommen, je mehr schwindet das Gehör durch den Druck und man hat das Gefühl, als wollte einem die Luft jetzt ausgehen.

Jäh denke ich daran, wenn hier die Halteseile brechen sollten, mit welcher unheimlichen Ge-schwindigkeit wir in die Tiefe saußen würden. Hier gäbe es kein Entweichen mehr. Der sichere Tod würde uns in seine Krallen nehmen. Einige Sekunden und wir stehen 178 Meter unter der Erdoberfläche.

Wenn wir Umschau halten, so bekommt man den Eindruck, als wäre man in einer unterirdi-schen Stadt, denn alle Straßen münden auf den Förderschacht. Wir befinden uns mitten im Stein-salzwerk. Die Gänge werden Richtstrecken ge-nannt und dienen dem Abtransport des gewon-nenen Steinsalzes. Früher wurde der Abtrans-port durch Pferdebetrieb vermittelt. Heute wer-den diese Rollwagen an eine laufende Kette ange-

zu 4 m abgebaut wird. Dies geht so lange fort, bis ein solcher First 15 bis 16 m hoch geworden ist, dann wird auf dieser Abbaustelle die Arbeit eingestellt und mit der Grabung eines neuen First begonnen. So entsteht im Laufe der Zeit ein Netz von Richtstrecken und Firsten, die den Anschein erwecken, als ginge man in einer unterirdischen Stadt.

Das Salzvorkommen hat eine Mächtigkeit von etwa 25 m Dicke und eine Ausdehnung von un-gefähr 400 Quadratkilometer. Ein Förderwagen faßt ungefähr 15 bis 20 Zentner. Tagesförderung ungefähr 700 bis 1000 Wagen. Die Jahresproduk-tion beläuft sich demnach auf ungefähr 170 000 t Steinsalz. Dieses Steinsalz findet fast vollständi-g Verwendung in der chemischen Industrie, in Gerbereien und Sodafabriken.

Der Hauptversand geht nach dem Rheinland, nach Holland und Belgien.

Die geologische Bodenformation ist folgende, von der Erdoberfläche aus betrachtet: 5 bis 6 m Kies, 90 m oberer Muschelkalk, 10 m Dolomit-Rapuf, 52 m Anhydrit, Gips und Ton, 25 m Salz.

Der Rundgang durchs Salzbergwerk betrug eine Stunde. Nun ist natürlich für die dort unten arbeitenden Menschen eine gute Luftzufuhr wic-hrig. Über jeder Richtstrecke sind im Gestein Gänge gegraben, sogenannte Luftlutten, von denen ein Luftschacht herunter zur Richtstrecke führt. Diese Luftschächte werden Wetterschacht genannt,

einige Musikstücke zum besten gibt. Eine wun-derbare Akustik erhöht die Wirkung. Wir wan-dern weiter zum Förderschacht. In kleinen Trupps, wie wir aus dem Bergwerk kommen, wan-dern wir nun in die Saline nach Jagstfeld, nach-dem wir uns vorher ordentlich vom Salzstaub gereinigt haben.

Hier in der Saline Jagstfeld sollen wir die Gewinnung des Kochsalzes kennenlernen. Ich be-tone, daß das im Salzbergwerk gewonnene Salz ausschließlich nur für industrielle Zwecke Ver-wendung findet, also nicht als Kochsalz. Wenn während des Krieges als Ergänzungsmittel öfter Steinsalz in den Handel kam, so war das größtenteils norddeutsches Salz, das vielfach fast rein zutage gefördert wird, während unser Kochendorfer Steinsalz ziemlich stark verunreinigt ist. Das müßte zuerst gereinigt werden und würde dann im Preise viel zu hoch stehen.

Die Gewinnung im Kochsalzwerk Jagstfeld geschieht durch Eindampfen reiner, natürlicher, gesättigter Sole. Sole ist in Wasser gelöstes Salz. Beim Eindampfen dieser natürlichen Sole in den Siedepfannen scheidet sich das Kochsalz aus, wo-bei sich die eigentümlichen Kristalle des Siede-salzes bilden. Diese sind nämlich aus unendlich feinen, mikroskopisch kleinen Würfeln aufge-baut und haben dadurch das charakteristische lockere Gefüge, welches die Siedesalzkristalle aus-zeichnet. Der lose und lockere Aufbau der Siedg-

saizkristalle bewirkt die dem Siedesalz eigentümliche Ansaugkraft für lösende Flüssigkeit, und darauf beruht die so wichtige Eigenschaft der schnellen, leichten Zerfließlichkeit des Siedesalzes und der gleichmäßigen Verteilung der Salzzugabe bei Feuchtigkeit der Speisen. Auch ist das Siedesalz infolge seiner lockeren Struktur außerordentlich leicht und voluminös.

Steinsalz wird aus der unterirdischen Salzlagern bergmännisch gewonnen, d. h. durch Sprengungen aus dem Salzgestein ausgebrochen und mechanisch aufbereitet, bzw. gemahlen und gesiebt. Das Steinsalz in den Steinsalzlagen ist ein kompaktes, hartes Mineral, und auch das gemahlene Steinsalz besteht immer aus festen, harten Steinsalzsplittern und ist von Natur aus schwer.

Die sich beim Eindampfen der Sole bildenden Salzkristalle setzen sich auf den Boden der Siedepfannen an und werden dann mittels Krücken herausgeholt und zum Trocknen aufgeschichtet. Hier im Siedesalzwerk können wir zweierlei Produktionsmethoden sehen. Die seitherige individuelle und die maschinelle. Durch die maschinelle Bearbeitung wurden etwa 100 Arbeiter überflüssig. Außer dem gewöhnlichen Kochsalz wird für den Hausgebrauch noch ein jodiertes Kochsalz in den Handel gebracht. Die Herstellung des Viehsalzes geschieht durch Zusatz von Eisenoxyd, wodurch es seine rote Farbe erhält und gleichzeitig für den menschlichen Genuß unbrauchbar gemacht wird.

Die Arbeiter im Steinsalzbergwerk arbeiten in Schicht 8 Stunden täglich unter Tag. Der Verdienst eines Arbeiters beträgt 7 bis 10 Mark pro Tag.

Nach dem Mittagessen in Jagdsfeld ging es mit dem Dampfer nach Heilbronn, wo wir bei gemütlicher Unterhaltung noch eine Stunde verbrachten, um dann mit dem Zug wieder zurück nach Stuttgart zu fahren.

Die Illustration zu diesem Aufsatz wurde in der Gewerbeschule geätzt und fertiggemacht.

### Gesellschafts- und Ferienreisen in den Spreewald.

Fortgesetzte Klagen aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen wegen Übertourung beim Besuch des Spreewaldes veranlaßten den Verlag der Märkischen Volksstimme in Kottbus mit dem zuständigen Verkehrsbüro des Ober- und Unterspreewaldes Verhandlungen wegen Verbilligung zu pflegen. Dieses Ziel ist erreicht worden. Die Verbilligung beträgt bis zu 70 Proz.

Der Verlag hat nun seinem Geschäft ein Reisebüro angegliedert, das Interessenten bereitwilligst jede Auskunft gibt. Man lasse sich die vom Verlag herausgegebenen Prospekte kommen, die alles nähere besagen.

### Arbeiter-Olympiade 1931.

Die zwei Millionen Mitglieder umfassende Arbeiter-Sportinternationale veranstaltet im Jahre 1931 in Österreich die zweite Arbeiter-Olympiade. Im Februar finden in Mürzschlag die Winterspiele und im Juli in Wien die Sommerspiele statt. Da die Gewerkschaften an der geistigen und körperlichen Erziehung ihrer Mitglieder Interesse haben, sollen sie die Veranstaltung auch zu ihrer Sache machen. Sie ist nicht nur ein großes sportliches Ereignis, sondern soll vor allem auch dazu beitragen, daß der Gedanke der richtigen Verwendung der Freizeit der Arbeiter gefördert wird. Die einzelnen Gewerkschaften können ihr Interesse für die Sport-Internationale am besten dadurch bekunden, indem sie dazu beitragen, daß in den Großbetrieben bei der Urlauberteilung auf das große internationale Arbeiterfest Bedacht genommen wird.

### Das Lesebedürfnis der Männer und Frauen.

Daß das Lesebedürfnis der Männer und Frauen nicht gleich ist, bedarf keiner Begründung. Auch die Auswahl des Lesestoffes ist sehr verschieden. Hierüber gibt die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter in ihrem soeben erschienenen Jahresbericht für 1929 den besten Beweis. Die Ausleihungen an Büchern aus der Bibliothek des Verbandes verteilen sich auf die einzelnen Abteilungen wie folgt:

	an männl.	an weibl.
A. Politik, Gewerkschaftsbewegung	39	12
B. Geschichte	38	28
C. Naturwissenschaft	72	20
D. Klassiker	14	17
E. Romane	906	1174
F. Humoristisches	54	95

Diese Zusammenstellung zeigt zweierlei. 1. daß die Gewerkschaftsmitglieder in erster Linie Romanliteratur berücksichtigen und 2. daß die Frauen sich hauptsächlich auf dieses Gebiet beschränken. Nur kaum der 20. Teil der weiblichen Mitgliedern entliehenen Bücher liegt außerhalb des Kreises der Erzählerliteratur. Zu beachten ist, daß die Mehrheit des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter sowohl insgesamt, als auch in der Ortsverwaltung Berlin, aus weiblichen Mitgliedern besteht.

### Vom Büchertisch.

#### „Feuerverhütung! Das Büchlein für alle“.

Zur Feuerschutzwoche vom 27. April bis 4. Mai 1930 hat die Arbeits- und Interessengemeinschaft deutscher Feuerwehroorgane eine offizielle Aufklärungsschrift herausgegeben, die in vielen Millionen Exemplaren verbreitet werden wird. Sie heißt „Feuerverhütung! Das Büchlein für alle“.



Die offizielle Aufklärungsbroschüre zur Feuerschutz-Woche.

hat 64 Seiten Umfang, ist mit vielen ansprechenden Bildern geschmückt und gibt auf knappem Raum einen Schatz von Tatsachen, Erfahrungen und Ratschläge für jung und alt. Von unheimlichen Gewalten, erschreckenden Ziffern, schlimmen Schäden an Gut und Blut ist da die Rede, aber auch von den Mitteln, all das Übel abzuwenden, ihm durch Vorsicht und Umsicht so weit wie möglich vorzubeugen und auch entstehende böse Folgen zu lindern oder zu beheben. „Dem Feuer Trutz, des Menschen Schutz, des Volkes Nutz“ — unter diesem Motto sind Väter, Müttern, Erziehern und Kindern häufige Utengenden vorgehalten. Vom Umgang mit Gas, Elektrizität und offenem Licht ist die Rede, von Feuersgefahr und Feuersnot in Stadt und Dorf, in Wald und Heide, in Werkstatt und Fabrik, weiter von Pflicht und Treue der Feuerwehr, von der ersten Hilfe bei Unglücksfällen und vom richtigen Verhalten bei

Bränden. Und das alles ist nicht trocken und lehrraft, sondern in frischem und überzeugendem Ton gegeben. Das Büchlein, das durch die Feuerwehren verbreitet werden soll, gehört in Familie und Betrieb, in die Hand der Erwachsenen und Kinder. Beherzigt man seinen Inhalt, so wird viel Unglück vermieden und viel Segen gestiftet!

Die Feuerschutzwoche wird schon durch die Verbreitung dieser offiziellen Aufklärungsbroschüre an alle Kreise der Bevölkerung wesentliche Erfolge für die Feuerverhütung und Feuerbekämpfung zeitigen.

### Mitteilungsblatt der Internationalen sozialistischen Alkoholgegner. Heft Nr. 2.

Das Heft enthält vornehmlich Abhandlungen über die Stellung der Gewerkschaften zum Alkoholismus mit Beiträgen von Gertrud Hanna, Heinz Krüger, Willy Hoheisel u.a. Neben einem Symphonieschreiben des englischen Arbeiterführers und jetzigen Schatzkanzlers Philipp Snowden verdient besondere Beachtung ein Artikel des russischen Professors R. Gurewitsch über Rußlands Kampf gegen den Alkoholismus. Die Zeitschrift ist zum Teil neben dem deutschen Text auch in englischer und Esperanto-Übersetzung gedruckt. Anfragen sind an das Sekretariat, Berlin-Lichterfeld, Zehlendorfer Straße 52, Dr. H. Wegscheider, zu richten, in deren Händen die Redaktion des Blattes liegt.

**Arbeiter und Weltwirtschaft.** Von Wilhelm Eggert. Ein Vortrag, gehalten in der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft, Berlin. Verlagsgesellschaft des A.D.G.B. Preis 50 Pf., Organisationspreis 35 Pf.

Eggert zeigt in dieser kleinen Broschüre die Beziehungen der Arbeiterschaft zur Weltproduktion. Es ist kaum in einer anderen Schrift in so übersichtlicher und für jeden verständlicher Weise über dieses Problem bisher etwas gesagt worden. Deshalb ist auch diese Broschüre zur Information für jeden Gewerkschafter zu empfehlen, der sich mit weltwirtschaftlichen Problemen beschäftigt.

**Gewerkschaften und Berufsschulen.** Von Otto Heßler. Verlagsgesellschaft des A.D.G.B. Ladenpreis 1 Mk., Organisationspreis 75 Pf.

Mit der Herausgabe dieser Broschüre ergänzt das Jugendsekretariat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Walter Maschke) in wertvoller Weise die von ihm herausgegebene Sammlung „Material für die Jugendleiter der Gewerkschaften“. Die Broschüre ruft zu stärkerer Mitarbeit am Berufsschulwesen auf, zu der der Hamburger Gewerkschaftskongress bereits die gesamten Gewerkschaftsfunktionäre verpflichtete. Das Heft führt in klarer, knapper Weise in die vielseitigen Fragen des Berufsschulwesens ein und bringt eine Fülle praktischer Möglichkeiten zur Ausgestaltung der Berufsschule wie die pflegliche Zusammenarbeit mit der Berufsschullehrerschaft.

**Die Steuerrückkehr des Geldsacks.** Von H. Ströbel, Dr. F. Croner und E. Weckerle. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30. Preis 70 Pf.

Der 1. Teil der von Heinrich Ströbel stammt, gibt ein scharf umrissenes Bild der deutschen Steuerpolitik der letzten 15 Jahre mit interessanten Parallelen aus der Steuerpolitik anderer europäischer Länder. Der zweite Verfasser, Dr. Fritz Croner zeigt, daß das Drängen des Besitzbürgertums, auf Senkung der Steuern nicht ist, als ein schöner Angriff auf den Sozialstaat. Dem Reich, den Ländern und vor allem auch den Kommunen sollen die Mittel geraubt werden, um im bisherigen Maße die dringendsten Pflichten der sozialen Fürsorge zu erfüllen. Das steuerpolitische Problem findet seine Abklärung in Eduard Weckerles fleißigen Untersuchungen über die Kapitalbildung, die mit dem landläufigen Gerüde der Unternehmerpresse und Unternehmerliteratur über die Unzulänglichkeit der derzeitigen deutschen Kapitalbildung an der Hand der Wirtschaftstatsachen gründlich aufräumen. Weckerle untersucht die Rentabilität der Aktiengesellschaften, die Behauptung, daß allein Milliarden neuen Kapitalzuwachses nötig seien, um die jährlich hinzutretenden 250000 Erwerbstätigen beschäftigen zu können und macht dabei die interessantesten Feststellungen. Den Schrei nach gesteigerter Kapitalbildung charakterisiert er als den Schrei nach gesteigertem Profit. Das proletariat aber habe sich mit aller Kraft zu wehren, wenn es nicht in den Profithühen des Kapitalismus zerrieben werden wolle.

### Inhaltsübersicht.

- Hauptteil: Steuerreform — Arbeitslosigkeit — Sozialversicherung.
- Verband und Beruf: Bekanntmachung. / Gewerkschaftsarbeit als sittliche Verpflichtung. / Der deutsche Außenhandel mit Tapeten. / Gruppenversammlung der Chemigraphen und Tiefdrucker. / Arbeitslosenversammlung im Wuppertal.
- Jugendhilfe: Jugend und Alter. / Die Gewerkschaftsschule. / Lehrlingshilfe.
- Fahrt ins Salzbergwerk.
- Gesellschafts- und Ferienreisen in den Spreewald. Arbeiter-Olympiade 1931. / Das Lesebedürfnis der Männer und Frauen. / Vom Büchertisch. / Anzeigen.

# Hochwertige Klischees

erzielen Sie bei Verwendung der **Elektronätzplatte 28.**

Verlangen Sie kostenfrei unsere Werbeschrift.

Pyrophor-Metallgesellschaft, Akt. Ges. Werden/Ruhr

Das Beste für den Offset- und Steindruck ist: Druckpaste „Nürwa“ und Trockenmittel „Mallouin“ (bleifrei)

Seit Jahren vorzüglichst bewährt.  
KARL A. WAGNER, Chemische Produkte,  
Crimmitschau i. Sa., Schieferstraße 4.

**Zinkdruckplatten** in Ia Lithographie-Qualität.  
**Ia Auswaschtinktur** Zinkätzsalz D. R. P.  
**Entsäuerungspulver, Schleifkugeln**  
sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.  
**Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36,** Wiener Straße Nr. 50  
Fernspr. Mor. 12289